

Uber-Fahrer: SPD fordert mehr Kontrollen

Die Stadt soll Uber-Fahrer stärker kontrollieren. Das bisherige Vorgehen sei ungenügend, heißt es in einem Antrag der SPD. Die Genossen wollen mit dem Papier auch den Service für das Taxigewerbe verbessern und fordern darüber hinaus eine Qualitätsoffensive ein: mehr Sauberkeit und Freundlichkeit.

VON SASCHA KAROWSKI

Das Münchner Taxigewerbe kämpft um seine Existenz. Wer es nicht glaubt, der sollte mit einem der Fahrer sprechen. Die Konkurrenz durch private Anbieter wie Uber ist einschneidend. „Sie unterbieten den Taxitarif und entziehen mir die Geschäftsgrundlage“, sagt Horst Wiegand von Isarfunk. „Wir Taxifahrer sind an Gesetze gebunden, wir haben eine Beförderungspflicht und eine Tarifpflicht.“

Das Problem aus seiner Sicht: Uber-Fahrer picken sich nur die guten Fahrten raus, etwa zum Flughafen. „Wenn ich einen Senior einmal um die Ecke fahre, weil er zum Arzt muss und lange Wartezeiten habe, dann rechnet sich so eine Fahrt nicht“, sagt Wiegand. „Das wird dann aber ausgeglichen, wenn ich jemanden zum Beispiel zum Flughafen fahre.“ Taxis zählen in München zum öffentlichen Nahverkehr, die Tarife werden von der Taxikommision ausgearbeitet. Uber-Fahrer müssen sich an diese Tarife nicht halten. Sie gelten als Mietwagen, werden gebucht und sollten eigentlich nach jeder Fahrt zum Betriebsitz zurückkehren. Auch ist es ihnen nicht erlaubt, an Plätzen wie Taxi-



Wollen das Taxigewerbe vor Uber schützen: Die Politiker Florian von Brunn und Christian Vorländer (v.li., beide SPD) mit den Taxiunternehmern Horst Wiegand und Max Jung-Grundmann.

FOTO: ACHIM SCHMIDT

ständen auf Fahrgäste zu warten. An derlei Regeln hielten sich aber laut Wiegand die wenigsten. Uber hatte eine Stellungnahme zu den Vorwürfen angekündigt, was bislang aber nicht erfolgte.

Mitglieder der Taxi eG München hatten sich wegen der Situation vor Kurzem in einem offenen Brief an OB Dieter Reiter (SPD) und den Stadtrat gewandt. Die SPD hat nun reagiert. In einem Antrag fordern die Genossen das Kreisverwaltungsreferat (KVR) auf, die behördlichen Kontrollen

zu intensivieren und auszuweiten. „Die Kontrollen sind derzeit völlig ungenügend“, sagt SPD-Stadtrat Christian Vorländer. „Anbieter wie Uber haben sich an die gesetzlichen Vorschriften zu halten. Ansonsten fliegen sie raus.“

Das KVR ist als Zulassungsbehörde für die Einhaltung der Regeln verantwortlich. Die Außendienstmitarbeiter kontrollieren unter anderem an Hotels, an Bahnhöfen oder an der Messe. KVR-Sprecher Johannes Mayer: „Darüber hinaus werden auch Prüfungen

in den Betrieben durchgeführt. Da Mietwagenunternehmen einer gesetzlichen Dokumentationspflicht hinsichtlich ihrer Aufträge unterliegen, lassen sich Rechtsverstöße anhand dieser Aufzeichnungen feststellen.“

Ferner wünscht sich die SPD, dass die Verwaltung dem Stadtrat darstellt, wie die aktuelle Situation des Taxigewerbes in München ist. In der Landeshauptstadt gibt es rund 2000 Betriebe im Taxi- und Mietwagenverkehr mit 8000 angestellten Fahrern.

Zudem wünschen sich Vorländer und die SPD, dass der Service für das Taxigewerbe durch das KVR unverzüglich verbessert wird. Dabei geht es um Führerscheinstelle, Mobilitätsmanagement, Wartezeiten oder Anträge für Taxistände. „In anderen Städten läuft das viel besser und schneller“, sagt Vorländer. Zudem plant die SPD eine Qualitätsinitiative für das Taxigewerbe: „Isarfunk macht es seit Jahren vor: Kundenorientierung, Freundlichkeit, saubere Autos – außen wie innen, Verbindlich-

keit oder die Eintragung als Stammkunde. Das müssen alle Taxler in München beherzigen, um attraktiv zu bleiben“, sagt Vorländer. „Das Taxigewerbe ist essentieller Teil des ÖPNV und erfüllt eine wichtige soziale Funktion, gerade für ältere Menschen und Mitbürger, die mobilitätseingeschränkt sind. Außerdem bietet das Taxigewerbe Transparenz und Nachvollziehbarkeit hinsichtlich der Gebühren und Kosten. Deshalb stehen wir klar und kämpferisch an der Seite des Taxigewerbes.“

München wächst weiter

Bald fünf Millionen Bewohner im Großraum

Die Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahlen im Großraum München sind seit 1980 immens angewachsen. Dies geht aus einer aktuell veröffentlichten Broschüre des Planungsverbandes (PV) Äußerer Wirtschaftsraum München hervor. Demnach ist die Einwohnerzahl von 3,8 auf mehr als 4,8 Millionen gestiegen. Auch die Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat von 1980 bis 2017 stark zugenommen. Knapp 800 000 Arbeitsplätze (+57 Prozent) sind hinzugekommen.

Zu dem vom PV definierten Großraum zählen neben der Landeshauptstadt und den umliegenden acht Landkreisen im Wesentlichen die zweite Reihe der Landkreise, dazu die Stadt Augsburg, die Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Neuburg-Schrobenhausen sowie die Städte Ingolstadt, Landshut und Rosenheim. Bis 2037 soll die Bevölkerung laut Prognose des Statistischen Landesamtes im Großraum München auf insgesamt knapp 5,4 Millionen Einwohner zunehmen. Da-

von werden allein 1,8 Millionen Menschen in München leben, also ein Drittel.

Analog zur Einwohnerzahl ist auch das Wohnungsangebot im Großraum stetig angewachsen. So standen 1980 den gut 3,8 Millionen Einwohnern etwa 1,55 Millionen Wohnungen zur Verfügung. Bis 2017 sind knapp 845 000 Wohnungen für eine Million zusätzliche Einwohner hinzugekommen. Damit ist der Wohnungsbestand mit 54 Prozent umfangreicher gestiegen als die Bevölkerung (+28 Prozent). Allerdings hat sich seither die Anzahl der Single-Haushalte drastisch erhöht.

Die Mieten sind ebenfalls drastisch angestiegen, hier gibt es aber große Unterschiede: Bei Vermietungen in neuen Wohngebäuden wurden zum Beispiel in den ersten drei Monaten des Jahres 2019 vom Immobilienpreisindex Empirica Durchschnittsmieten ausgewiesen, die sich von 8,77 Euro pro Quadratmeter im Landkreis Landshut bis zu 17,98 Euro in München bewegen. **KLAUS VICK**

Die Stadt kämpft um die Wiesn

Deutsches Patentamt lehnt Schutz des Begriffs „Oktoberfest“ als Marke ab



Clemens Baumgärtner

will die Marke „Wiesn“ schützen.

Die Stadt kämpft weiterhin vergeblich darum, den Begriff Oktoberfest markenrechtlich schützen zu lassen. Das Deutsche Patentamt hat dies kürzlich endgültig abgelehnt. Eine Entscheidung beim Europäischen Amt für geistiges Eigentum steht noch aus. Bekanntermaßen gibt es weltweit Nachahmungen des Oktoberfests, egal ob in China, Australien, Russland oder den USA. Das Wirtschaftsreferat vertritt die Auffassung, dass die Nutzung des Schlagworts „Oktoberfest“ durch Dritte gesteuert und Missbrauch verhindert werden müsse. Schließlich betreibe die Stadt einen erheblichen, auch finanziellen Aufwand

für die Veranstaltung. Wirtschaftsreferent Clemens Baumgärtner (CSU) erklärt: „Es gibt wahnsinnig viele Trittbrettfahrer.“ Sein Vorgänger Josef Schmid (CSU) hatte die Münchner Anwaltskanzlei Lorenz Seidler Gossele, die auf Patentrecht spezialisiert ist, mit der Sache beauftragt. „Ich unterstütze das ausdrücklich“, sagt Baumgärtner. Bislang hatte die

Stadt aber nur Teilerfolge für den Schutz der Marke „Wiesn“ erzielt.

Juristisch ist der Fall ohnehin höchst kompliziert. Der Markenschutz ist in 45 Kategorien, den sogenannten Nizza-Klassen, untergliedert. Es geht zum Beispiel um Wiesn-Zubehörartikel wie Textilien, Druckerzeugnisse oder Lebensmittel. Würde die Stadt Recht bekommen, könnten derlei Dinge nur noch mit dem Wort Oktoberfest vermarktet werden, wenn man Lizenzgebühren an die Stadt zahlt. Bestimmte Schutzrechte gibt es bereits: Der Würstbräuer und die Zeltkonstruktionen sind patentiert oder als Gebrauchsmuster geschützt. Auch alle auf der

Wiesn vertretenen Münchner Brauereien sind im Register des Patentamtes enthalten. Doch schon vor der jetzigen Entscheidung galten die Chancen für die Schutzfähigkeit der Marke Oktoberfest als gering. Gängige Meinung war bisher, der Begriff sei zu allgemein gefasst – was sich nun bestätigt hat.

Allerdings hat das Wirtschaftsreferat die detaillierte Urteilsbegründung noch nicht eingesehen. Aufgeben will die Stadt jedenfalls nicht. „Wir werden das weiter durchfechten“, kündigt Baumgärtner an. Kritiker behaupten unterdessen, die Stadt verschleudere mit diesen Prozesskosten unnötig Geld. **KLAUS VICK**

IN KÜRZE

Obdachlose erschleicht Rezepte

Schon 20 Mal ist eine Frau ohne festen Wohnsitz wegen Fälschungen und Täuschungen aufgefallen. Nun erging gegen die 49-Jährige ein Haftbefehl. Laut Polizei hat sie mehrere Ärzte aufgesucht, um verschreibungspflichtige Beruhigungsmittel zu erhalten. Wenn es sich ergab, stahl die Obdachlose Blankorezepte, die sie dann selbst ausfüllte. Um ihre Beruhigungs- und Schlafmittel zu bekommen, war sie im ganzen Stadtgebiet unterwegs – zuletzt am Donnerstag um 17 Uhr in einer Schwabinger Apotheke. Deren Mitarbeiterin hatte von den Fällen gehört und verständigte die Polizei. Nach einem kurzen Fluchtversuch wurde die 49-Jährige in einer weiteren Apotheke festgenommen. **nah**

Einbruch in Zahnarztpraxis

Böse Überraschung für das Team eines Zahnarztes in Bogenhausen: In die Praxis in einem Ärztehaus an der Engelschalkinger Straße wurde bereits am Samstag, 31. August, eingebrochen. Wie die Polizei erst jetzt bekannt gab, öffneten der oder die Einbrecher gewaltsam die Eingangstür und stahlen Geldkassetten. Beute und Schaden machen rund 1500 Euro aus. Zeugen, die an diesem Tag gegen 22.20 Uhr Verdächtiges beobachtet haben, sollen sich bei der Polizei (089/29 100) melden. **nah**

Wetterkalender

9. September

Jahr	Maximum	Minimum
2018	24,7°	11,1°
2009	22,5°	8,1°
1994	18,7°	11,2°
1969	21,8°	9,8°
1919	23,0°	12,0°

Absolutes Maximum an einem 9. September **28,9°/1911**

Absolutes Minimum an einem 9. September **1,5°/1931**

Attacke auf Immobilienfirma

Der Staatsschutz ermittelt, weil Unbekannte wohl mit Pflastersteinen mehrere Schaufenster einer Immobilienfirma an der Kurfürstenstraße 43 eingeschlagen haben. Bei dem Vorfall, der sich am Samstag um 2 Uhr ereignet hat, könnte es sich um eine politisch motivierte Tat handeln. Betroffen ist das Schwabinger Unternehmen „L'Homes“. Die Polizei vermutet, dass die Täter ein Zeichen gegen Luxus-Sanierung setzen wollten. Zeugen können sich unter Telefon 089/29 100 melden. **nah**



Unauffälliges Wachstum: Immer mehr Menschen leben in der Stadt München und den umliegenden Landkreisen. **DPA**

Immobilie verrenten und sorgenfrei das Leben im Ruhestand genießen.

Nächster kostenloser Informationstag zum Thema Verrentung von Immobilien am **12.09.** und **19.09.2019!**

Jetzt Termin sichern!*

Tel.: 089/206021335 oder www.degiv.de

*** KEINE MIETZAHLUNG *** KEIN AUSZUG *** INSTANDHALTUNGSKOSTEN ENTFALLEN *** ABGESICHERT IM GRUNDBUCH ***